



**Dr. Lale Akgün**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

**Offener Brief der stv. Europapolitischen Sprecherin und Islambeauftragten der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Lale Akgün, an den ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt**

*Helmut Schmidt hatte in einem Interview mit dem Hamburger Abendblatt (24.11.2004) erklärt, es sei „ein Fehler“ gewesen, „zu Beginn der 60er Jahre Gastarbeiter aus fremden Kulturen ins Land zu holen“. Lale Akgün widerspricht Helmut Schmidt und verweist auf die Notwendigkeit, bei der Integration die soziale Frage in den Mittelpunkt zu stellen.*

Sehr geehrter Herr Altbundeskanzler,  
nach meiner ersten Reaktion auf Ihre Äußerungen, möchte ich Ihnen ausführlich und argumentativ antworten.

Ich bin 1962 nach Deutschland gekommen, heute bin ich 51 Jahre alt. Ich gehöre zu den Menschen, denen Sie nachträglich die Legitimität absprechen, hier in Deutschland zu leben, wenn Sie erklären, es sei „ein Fehler gewesen“, Menschen „aus fremden Kulturen ins Land zu holen“ (Hamburger Abendblatt, 24.11.2004).

Es stellt sich *heute* nicht mehr die Frage, ob es richtig oder falsch war, Arbeitskräfte ins Land zu holen, denn wir reden hier von 50 Jahre bundesdeutscher Geschichte, der gemeinsamen Geschichte von Deutschen und Zugewanderten.

Die Integrationspolitik mag nicht an allen Punkten eine Erfolgsgeschichte sein, an einigen Stellen war sie es doch!

Viele Migranten der zweiten Generation haben ihre Erfolge in der Universität und im Beruf und ihren sozialen Aufstieg nicht zuletzt der Politik Ihrer Regierung zu verdanken. Sie und ihre Mitstreiter haben während der Zeit der sozial-liberalen Koalition die deutschen Bildungsinstitutionen für Kinder und Jugendliche mit Arbeiter- oder Migrationshintergrund weit geöffnet. Ihre Karrieren sind das Ergebnis Ihrer vorbildlichen Teilhabepolitik der 70er Jahre! Würden Sie mich und meine berufstätigen Altersgenossen mit türkischen Wurzeln heute als desintegriert abqualifizieren? Ich jedenfalls habe Ihre Thesen als tiefe Kränkung



**Dr. Lale Akgün**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

empfunden. Nicht nur gegenüber der Lebensleistung der Migranten der ersten Generation, die stets hart gearbeitet haben, sondern auch als ein fatales politisches Signal.

Selbstverständlich lässt die soziale Integration vieler Jugendlicher mit Migrationshintergrund der sogenannten 3. Generation zu wünschen übrig. Aber bitte übersehen Sie dabei nicht das Gros der jungen türkischen Juristen, Ärzte und Facharbeiter. Sie haben sich vorbildlich in unsere Gesellschaft integriert und sind heute tragende Kräfte unseres ökonomischen Erfolgs und bürgerschaftlichen Engagements.

Das fatale Signal, das Kraft Ihrer beeindruckenden politischen Reputation von Ihrem Interview ausgeht, lautet: „Ihr gehört *nicht* zu uns.“ Ich widerspreche entschieden: Nicht die Anwesenheit von Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland wirkt desintegrativ. Desintegrativ wirken Ihre Thesen, denn sie schließen aus. Wir müssen aber die Inklusion der Zugewanderten und ihrer Kinder fördern, statt im Namen eines angeblichen Kampfs der Kulturen ihre Exklusion herbeizureden.

Warum charakterisieren Sie die Einwanderung der letzten 40 Jahre nach Deutschland zuvörderst als Einwanderung in unsere sozialen Sicherungssysteme? Als „Nachsuchen bei der deutschen Sozialfürsorge um eine Wohnung und einen Fernseher“? Ich widerspreche Ihrem Klischee energisch: Wer hier arbeitet, leistet auch Sozialversicherungsabgaben. Wer hier arbeitet, zahlt auch Lohnsteuer. Wer hier arbeitet, setzt sich auch ehrenamtlich für unser Gemeinwesen ein – z. B. als Betreuer im Jugendfußball. Gerade der Sport hat neben den Betrieben, wo die Betriebsräte und Gewerkschaften keine Spaltung der Belegschaften in deutsche und ausländische Kollegen zugelassen haben, in den letzten Jahrzehnten eine enorme Integrationskraft bewiesen.

Ich beobachte mit großer Sorge eine zunehmende Ethnisierung und Kulturalisierung sozialer Probleme. Warum schieben sie den Menschen mit Migrationshintergrund die Schuld für das Entstehen von Ghettos in manchen Großstädten zu? Sicherlich würden die meisten Einwanderer auch lieber eine großzügige Villa in Blankenese bewohnen. Und diejenigen Migranten, die den sozialen Aufstieg in unserer Gesellschaft trotz aller Widrigkeiten geschafft haben, tun dies auch. Sie wissen so gut wie ich: das Entstehen von Problemvierteln in unseren Großstädten ist kein Migrations-, sondern ein soziales Problem. Mutig nennen Sie es eine



**Dr. Lale Akgün**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Aufgabe staatlicher Sozialpolitik, „die Ghettos in den Großstädten aufzulösen“. Aber nennen Sie mir die Stellschrauben, an denen wir als Politiker noch drehen können, um sozialen Ausgleich zu fördern und Ghattobildung vorzubeugen! Oder reden Sie etwa Eingriffen in die Besitz- und Machtverhältnisse bei Vermietern, Maklern, Banken und Versicherungen das Wort? Plädieren Sie für eine Neuauflage des sozialen Wohnungsbaus, die besondere Förderung von Genossenschaften und eine diskriminierungsfreie kommunale Wohnungsvermittlung? Befürworten Sie, dass staatliche Fördermittel und –programme stärker auf die Problemquartiere unserer Großstädte konzentriert werden? Plädieren Sie für ein verbessertes und durchlässigeres Schul- und Bildungssystem, das den Kindern sozial schwacher wieder gleiche Chancen einräumt, sozial aufzusteigen? Wenn ja, habe ich Sie missverstanden und bitte um Entschuldigung. Dann stehe ich selbstverständlich an Ihrer Seite! Andernfalls aber verwahre ich mich dagegen, die Schwächsten in dieser Gesellschaft mit einem Ghetto-Vorwurf zu stigmatisieren.

Sehr geehrter Herr Schmidt,

sie begründen ihre Forderung nach einem Abschied vom Multikulturalismus mit einer angeblichen Unvereinbarkeit von „demokratischer Gesellschaft“ und „Multikulti“. Bildete nicht bisher unser Grundgesetz, die dort garantierten Grundrechte und die exponierte Stellung des Grundsatzes der Wahrung der Würde des Menschen die gemeinsame Basis unserer offenen Gesellschaft? Ich muss mich sehr wundern, dass Sie uns stattdessen das autoritäre Regime in Singapur als „gelungenes Beispiel“ präsentieren. Welch Vorbilder!

Sie verweisen selber auf den langen Weg, den die beiden großen christlichen Kirchen zurückgelegt haben, bis sie sich schließlich mit Aufklärung und Demokratie angefreundet haben, wenn Sie uns in Erinnerung rufen, dass „in der katholischen Kirche bis vor wenigen 100 Jahren immer Latein gesprochen worden“ ist. Als Islambeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion entgegne ich denjenigen, die eine angebliche Unvereinbarkeit von Islam und Moderne behaupten: Macht nicht eine große Weltreligion für einige Fundamentalisten verantwortlich! Wer wollte dem Christentum unter Hinweis auf seine fundamentalistischen Auswüchse seine grundsätzliche Kompatibilität mit der Demokratie absprechen?



**Dr. Lale Akgün**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Zuletzt malen Sie ein Bild an die Wand, in dem „70 Millionen Türken Freizügigkeit“ einfordern und Einlass in den Arbeitsmarkt der Europäischen Union begehren. Natürlich sind solche Zahlen übertrieben, und sie schüren Angst. Und sie lenken ab. Nicht die Freizügigkeit von Arbeitnehmern in der Europäischen Union ist ein Problem. Wer stets die Freizügigkeit des Kapitals preist, kann nicht umgekehrt der Arbeit dieselbe Freizügigkeit verweigern. Skandalös sind aber die Pläne der Europäischen Kommission, Arbeitern aus Polen oder Rumänien, die auf deutschen Baustellen schufteten, das deutsche Lohnniveau zu verweigern und stattdessen die Arbeitsverhältnisse in den Herkunftsländern als Maßstab heranzuziehen. Für gleiche Arbeit in Deutschland muss auch gleicher Lohn gezahlt werden. Dies war schon immer ein klarer und bewährter Grundsatz der Sozialdemokratie, der auch das Handeln während Ihrer Zeit als Bundeskanzler geprägt hat! Daraus folgt: Es sind nicht die Migranten, die in einem größer werdenden Europa unsere sozialen Errungenschaften untergraben. Es ist die neoliberale Politik der EU-Kommission im Verein mit den Interessen der Banken und Konzerne. Davor ängstigen sich die Menschen in Deutschland zu Recht. Helfen Sie mit, aus der geplanten Dienstleistungsrichtlinie der EU das Herkunftslandsprinzip zu kippen, Herr Schmidt. Damit würden Sie einen nachhaltigeren Beitrag zur Integration leisten als durch Panikmache vor einem Beitritt der Türkei zur EU.

Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie bereit wären, den Dialog fortzusetzen und lade Sie herzlich ein, in meinen Wahlkreis nach Köln zu kommen, um mit mir auf einem öffentlichen Podium über sozialdemokratische Integrationspolitik zu streiten.

Ich grüße Sie freundlich.